

Zum Abschluss dieser Wahlperiode: „Große Koalition hat die Ausspähung aller Bürger perfektioniert“

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 35/2017

Kurz vor der Sommerpause hat der Bundestag in seiner letzten Sitzung vor der Neuwahl noch eine ganze Reihe von Gesetzen beschlossen, mit denen die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger massiv beschnitten werden.

→ Während um die sogenannte „*Ehe für alle*“ ein großer medialer Rummel veranstaltet wurde, **hat man diese Eingriffe klammheimlich durch das Parlament gebracht.**

Ein großer Schritt weiter in die totale Überwachung ist eine Gesetzesänderung, die künftig Ermittlungsbehörden erlaubt, mit dem „*Bundestrojaner*“ Schadsoftware auf private Geräte zu spielen.

❖ **Um ausführliche Beratungen in Bundestag und Bundesrat zu vermeiden, hat die Große Koalition (GroKo) die Änderungen in einem schon bestehenden Gesetzentwurf zusätzlich untergebracht, der mit dem Trojaner ursprünglich nichts zu tun hatte. → So entfielen die sonst nötigen drei Lesungen im Bundestag.**

Die Ökonomen *Marc Friedrich* (42) und *Matthias Weik* (41) verweisen auf eine weitere brisante Neuregelung, die noch weniger öffentlich wahrgenommen wurde:

❖ Das sogenannte „*Tafelgeschäft*“ in Deutschland wurde von 15.000 Euro auf 10.000 Euro reduziert. Das heißt, dass man nur noch für bis zu 10.000 Euro legal Edelmetalle oder Diamanten kaufen kann, ohne seine Personalien anzugeben.

Friedrich und *Weik* bewerten diesen neuerlichen Angriff auf das Bargeld und die finanzielle Freiheit als „*Zwischenschritt*“ bis zur kompletten Abschaffung der Möglichkeit des anonymen Golderwerbs: „*Das Fenster zur Vermögenssicherung schließt sich.*“

Bereits zuvor war das Bankgeheimnis in Deutschland faktisch und geräuschlos abgeschafft worden. Durch das „*Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz*“, das am 25. Juni in Kraft trat, wurde der Paragraph 30a in der Abgabenordnung ersatzlos gestrichen, der den „*Schutz von Bankkunden*“ regelte.

❖ **Theoretisch können die Finanzämter also sämtliche Kontodaten aller Bürger erfassen, ohne dass diese davon jemals erfahren. Die Finanzbehörden können umfassende und vollständige Kontoinformationen aller Kunden deutscher Banken abrufen und verwenden.**

Zuvor galt, dass zunächst der Betroffene selbst gefragt wird. Nur wenn dieser Auskünfte verweigerte, durften sich die Behörden an die Bank wenden. „*Ab sofort sind brave Steuerzahler Behördenzugriffen ebenso ausgesetzt wie Beschuldigte, gegen die ermittelt wird*“, kommentieren Friedrich und Weik. „*Jetzt können Finanzbehörden die Bürger unseres Landes kraft Gesetz vollkommen legal ausspionieren.*“ **Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung sei damit offensichtlich kassiert.**

Der nächste Schlag ist aus Brüssel zu erwarten.

- Nach Informationen der beiden Ökonomen plant die EU ein „*Bankenschutzgesetz*“, bei dem bis zu 20 Werkzeuge die Konten der EU-Bürger eingefroren werden können, um einen „*Bankensturm*“ zu verhindern. Es ist davon auszugehen, dass auch dieses Vorhaben umgesetzt wird. **Die Anzeichen, dass ein großer Finanzcrash bevorsteht, mehren sich.**